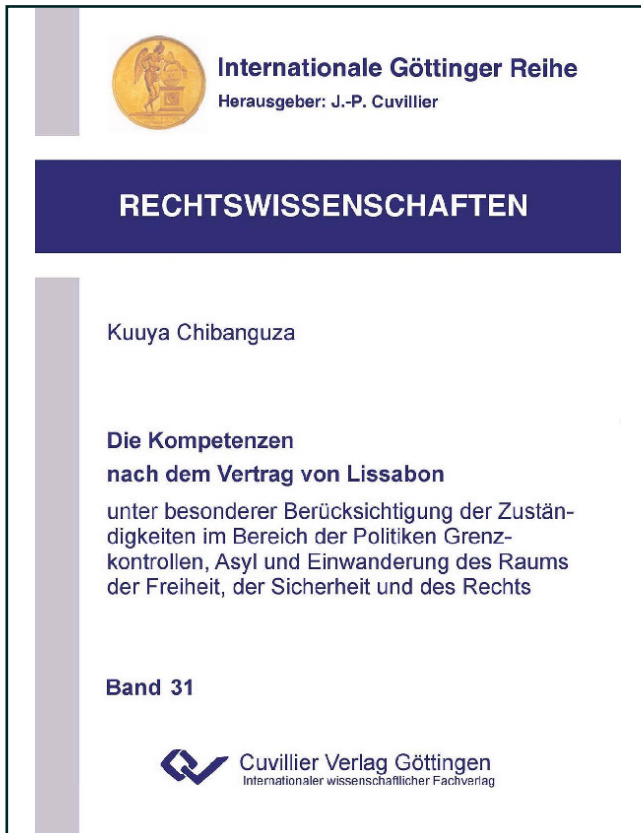




Kuuya Chibanguza (Autor)

**Die Kompetenzen nach dem Vertrag von Lissabon**  
unter besonderer Berücksichtigung der Zuständigkeiten im  
Bereich der Politiken Grenzkontrollen, Asyl und  
Einwanderung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und  
des Rechts



<https://cuvillier.de/de/shop/publications/253>

Copyright:  
Cuvillier Verlag, Inhaberin Annette Jentzsch-Cuvillier, Nonnenstieg 8, 37075 Göttingen,  
Germany

Telefon: +49 (0)551 54724-0, E-Mail: [info@cuvillier.de](mailto:info@cuvillier.de), Website: <https://cuvillier.de>



# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen .....	XIV
1. Teil: Einleitung und Gang der Darstellung .....	1
2. Teil: Der Weg bis zum In-Kraft-Treten des Vertrags von Lissabon.....	3
A. Vom Scheitern des Verfassungsvertrages bis zur Unterzeichnung des Lissabonner Vertrages am 13. Dezember 2007.....	3
B. Die erste Abstimmung in Irland – Das irische „Nein“ .....	7
C. Der Lissabonner Vertrag und Deutschland.....	9
I. Die Beschlüsse von Bundestag und Bundesrat in Bezug auf den Lissabonner Vertrag....	9
II. Der karlsruher Richterspruch zum Lissabonner Vertrag.....	10
1.) Verfahrensgegenstand sowie zentrale Aussagen der Entscheidung.....	11
2.) Die Aussagen hinsichtlich der Übertragung von Kompetenzen auf die Union .....	13
3.) Ultra-Vires-Kontrolle nach dem BVerfG Urteil .....	13
4.) Identitätskontrolle nach dem BVerfG Urteil und ihre Voraussetzungen .....	15
5.) Schaffung eines neuen Verfahrens? .....	16
III. Die Reaktion des deutschen Gesetzgebers auf die Lissabon Entscheidung des BVerfG.....	18
D. Die zweite Abstimmung in Irland – Das irische „JA“ .....	19
E. Die Ratifizierung in Polen.....	23
F. Die Ereignisse in Tschechien .....	25
3. Teil: Prinzipien der Gesetzgebung im Unionsrecht .....	27
A. Allgemeines .....	27
B. Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung.....	27
I. Unter Geltung des EGV (Stand: Nizza).....	27
II. Die zukünftige Regelung unter Geltung des EUV n.F. ....	29
1.) Grundsätzliches zur Neuregelung .....	29
2.) Die sprachlichen Neuerungen des Art. 5 I, II EUV n.F. hinsichtlich des Prinzips der begrenzten Einzelermächtigung.....	31
3.) Der neue Art. 5 II 2 EUV n.F. – Kompetenz oder Selbstverständlichkeit? .....	32



C. Das Prinzip der Subsidiarität .....	33
I. Unter Geltung des EGV (Stand: Nizza).....	34
1.) Allgemeines.....	34
2.) Voraussetzungen .....	35
a) Keine Maßnahme aus dem Bereich ausschließlicher Zuständigkeit der Union.....	36
b) Das Negativ-Kriterium im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips.....	37
c) Das Positiv-Kriterium im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips.....	38
3.) Das bisherige Protokoll Nr. 30 zum Vertrag von Amsterdam .....	39
II. Die zukünftige Regelung unter Geltung des EUV n.F. ....	41
1.) Grundsätzliches zur Neuregelung .....	41
2.) Neuerungen hinsichtlich des Subsidiaritätsprinzips in Art. 5 III EUV n.F. ....	42
3.) Das Protokoll Nr. 2 zum Lissabonner Vertrag – Verzicht auf materielle Vorgaben.....	43
4.) Die Überwachung des Subsidiaritätsprinzips gem. den Vorgaben des Protokolls Nr. 2 .....	45
a) Die ex-ante Überwachung des Subsidiaritätsprinzips durch die mitgliedstaatlichen Stellen .....	46
aa) Vorgaben betreffend die Union.....	46
bb) Vorgaben betreffend ein mögliches mitgliedstaatliches Tätigwerden.....	48
cc) Die Möglichkeit zur Abgabe begründeter Stellungnahmen durch mindestens ein Drittel der nationalen Parlamente.....	50
dd) Mögliche Reaktionen auf eine begründete Stellungnahme durch mindestens ein Drittel der nationalen Parlamente .....	51
ee) Die Neuerungen in Art. 7 III des Protokolls Nr. 2 .....	52
b) Die ex-post Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips durch das Protokoll Nr. 2 zum Lissabonner Vertrag .....	54
5.) Die Vorgaben des IntVG im Rahmen der Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips in Deutschland .....	57
a) Die Vorgaben des IntVG zur ex-ante Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips (§§ 11 und 13 VI IntVG).....	57
b) Die Vorgaben des IntVG zur ex-post Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips (§§ 12 und 13 VII IntVG).....	58
D. Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit.....	59
I. Unter Geltung des EGV (Stand: Nizza).....	60
1.) Die Geeignetheit im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung .....	61

#### IV

2.) Die Erforderlichkeit im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung .....	61
3.) Die Angemessenheit im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung .....	63
4.) Das Protokoll Nr. 30 zum Vertrag von Amsterdam in Bezug auf das Prinzip der Verhältnismäßigkeit.....	63
II. Die zukünftige Regelung unter Geltung des EUV n.F. ....	64
1.) Grundsätzliches zur Neuregelung .....	64
2.) Die Änderungen durch den Vertrag von Lissabon in Art. 5 IV EUV n.F.....	64
3.) Das Protokoll Nr. 2 im Rahmen des Verhältnismäßigkeitsprinzips.....	66
4.) Im Rahmen des Verhältnismäßigkeitsprinzips zu beachtende Vorgaben des IntVG.....	68
E. Zusammenfassendes Ergebnis zu den Grundprinzipien .....	69
4. Teil: Die Kompetenzen nach dem Lissabonner Vertrag .....	71
A. Überblick über die bisherige Kompetenzordnung im Gemeinschaftsrecht.....	71
I. Keine explizite Festschreibung der Kompetenztypen bis Lissabon .....	71
II. Fehlen auch eines geschriebenen Kompetenzkataloges bis Lissabon .....	73
B. Überblick über die zukünftigen Zuständigkeitsarten sowie die entsprechenden Kataloge nach dem Lissabonner Vertrag.....	74
C. Die einzelnen Kompetenzen einschließlich der von ihnen erfassten Bereiche nach dem Lissabonner Vertrag .....	77
I. Die ausschließlichen Kompetenzen .....	77
1.) Die ausschließlichen Kompetenzen nach dem EGV (Stand: Nizza).....	77
a) Die Wirkungsweise der ausschließlichen Zuständigkeit im bisherigen Gemeinschaftsrecht .....	77
b) Die bisherigen Positionen der einzelnen Akteure zum Umfang der ausschließlichen Zuständigkeiten.....	78
aa) Die bisherige Position des EuGH.....	78
bb) Die bisherigen Positionen des Europäischen Rates sowie des Europäischen Parlaments .....	79
cc) Die bisherige Position der Europäischen Kommission.....	80
dd) Die bisherige Position der Bundesregierung sowie des Bundestages.....	82
ee) Die bisherigen Positionen im Schrifttum .....	82
c) Die Mitgliedstaaten als Sachwalter des gemeinsamen Interesses.....	83
d) Das Problem um die nachträglichen ausschließlichen Zuständigkeiten.....	84
2.) Die ausschließlichen Kompetenzen nach dem AEUV .....	86



a) Die Konzeption und Wirkungsweise der ausschließlichen Kompetenzen nach Lissabon.....	86
b) Ausnahmen für ein mitgliedstaatliches Handeln auf dem Gebiet der ausschließlichen Kompetenzen .....	87
aa) Art. 2 I, HS. 2, Alt. 1 AEUV und das Vorliegen einer ausdrücklichen Ermächtigung.....	87
bb) Art. 2 I, HS. 2, Alt. 2 AEUV und die Durchführung von Rechtsakten der Union .....	88
cc) Vereinbarkeit des mitgliedstaatlichen Handelns als Sachwalter des gemeinsamen Interesses mit der neuen Rechtslage?.....	89
c) Vereinbarkeit nachträglich ausschließlicher Zuständigkeiten mit der neuen Kompetenzordnung?.....	90
d) Art. 3 AEUV und die Bereiche der ausschließlichen Kompetenzen .....	91
aa) Art. 3 I lit. a) AEUV – Die Zollunion .....	92
bb) Art. 3 I lit. b) AEUV – Festlegung der Wettbewerbsregeln für den Binnenmarkt .....	93
cc) Art. 3 I lit. c) AEUV – Währungspolitik für die Staaten, deren Währung der Euro ist .....	96
dd) Art. 3 I lit. d) AEUV – Erhaltung der biologischen Meeresschätze im Rahmen der Fischereipolitik .....	96
ee) Art. 3 I lit. e) AEUV – Gemeinsame Handelspolitik .....	97
e) Art. 3 II AEUV – Abschluss internationaler Übereinkünfte.....	99
aa) Der erste und dritte Fall des Art. 3 II AEUV .....	99
bb) Der zweite Fall des Art. 3 II AEUV .....	101
3.) Ergebnis zu den ausschließlichen Kompetenzen.....	102
II. Die konkurrierenden bzw. geteilten Kompetenzen .....	104
1.) Die konkurrierenden Kompetenzen nach dem EGV (Stand: Nizza).....	104
a) Der Begriff und die Wirkungsweise konkurrierender Kompetenzen .....	104
b) Der bisherige Umfang der konkurrierenden Kompetenzen.....	105
c) Die Kompetenz zur Rechtsangleichung im Binnenmarkt.....	106
2.) Die geteilten Kompetenzen nach dem AEUV .....	108
a) Konzeption und Wirkungsweise der geteilten Kompetenzen nach Lissabon.....	108
b) Die Erklärung Nr. 18 zur Abgrenzung der Zuständigkeiten.....	110
c) Das Protokoll Nr. 25 über die Ausübung der geteilten Zuständigkeit.....	113
d) Die Regelung des Art. 4 I AEUV .....	114



e) Die wesentlichen „Hauptbereiche“ der geteilten Kompetenzen .....	115
f) Art. 352 AEUV und die Vertragsabrundungskompetenz.....	119
3.) Ergebnis zu den konkurrierenden bzw. geteilten Kompetenzen .....	121
III. Die Unterstützungs-, Koordinierungs- sowie Ergänzungsmaßnahmen .....	123
1.) Ergänzende Zuständigkeiten im EGV (Stand: Nizza).....	123
a) Begriff und Wirkungsweise der ergänzenden Zuständigkeiten .....	123
b) Der Umfang der ergänzenden Zuständigkeiten unter Geltung des Vertrages von Nizza.....	125
c) Die Methode der Offenen Koordinierung unter Geltung des bisherigen Gemeinschaftsrechts.....	126
d) Ergebnis zu den ergänzenden Zuständigkeiten im EGV .....	127
2.) Die Neuregelungen im AEUV (Unterfall der geteilten Kompetenz).....	127
a) Die Konzeption und Wirkungsweise der Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungsmaßnahmen .....	127
aa) Verbleib der Zuständigkeiten bei den Mitgliedstaaten?.....	129
bb) Vorliegen einer eigenständigen Kompetenz? Unterfall der geteilten Zuständigkeiten? .....	130
cc) Der zulässige Umfang von Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungsmaßnahmen .....	131
dd) Art. 2 V UA 2 AEUV – Das Verbot von Harmonisierungsmaßnahmen.....	132
b) Die einzelnen Bereiche der Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungsmaßnahmen gem. Art. 6 AEUV .....	133
aa) Art. 6 lit. a) AEUV – Schutz und Verbesserung der menschlichen Gesundheit – Außerdem die Methode der Offenen Koordinierung im Unionsrecht nach Lissabon.....	134
bb) Art. 6 lit. b) und c) AEUV – Industrie bzw. Kultur.....	136
cc) Art. 6 lit. d) AEUV – Tourismus.....	137
dd) Art. 6 lit. e) AEUV – Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport.....	137
ee) Art. 6 lit. f) AEUV – Katastrophenschutz.....	139
ff) Art. 6 lit. g) AEUV – Verwaltungszusammenarbeit .....	139
3.) Ergebnis zu den Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungsmaßnahmen.....	140
IV. Existenz paralleler Kompetenzen im Unionsrecht i.d.F. des Vertrages von Lissabon?.....	143



1.) Parallele Kompetenzen unter Geltung des EGV (Stand: Nizza).....	143
a) Der Begriff und die Wirkungsweise paralleler Kompetenzen .....	143
b) Der bisherige Umfang der parallelen Kompetenzen .....	145
2.) Art. 4 III und IV AEUV – Existenz paralleler Kompetenzen unter Geltung des AEUV? .....	145
a) Die Konzeption und Wirkungsweise des Art. 4 AEUV und der Absätze III und IV .....	146
b) Einordnung in die Kompetenzsystematik des AEUV – eine eigenständige Kompetenz? .....	147
c) Die einzelnen Bereiche der parallelen Zuständigkeiten gem. Art. 4 III, IV AEUV .....	149
aa) Art. 4 III AEUV – Forschung, technologische Entwicklung und Raumfahrt.....	149
bb) Art. 4 IV AEUV – Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe ....	151
3.) Ergebnis zu den parallelen Kompetenzen i.d.F. des Vertrages von Lissabon.....	151
V. Die Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sowie der Sozialpolitik .....	153
1.) Die Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik unter Geltung des EGV ....	153
a) Die Wirtschaftspolitik gem. Art. 98 bis Art. 104 EGV .....	153
b) Die Beschäftigungspolitik gem. Art. 125 bis Art. 130 EGV .....	154
c) Die Sozialpolitik gem. Art. 136 bis Art. 145 EGV .....	156
2.) Die Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik (Art. 2 III AEUV) sowie der Sozialpolitik (Art. 5 III AEUV) im AEUV .....	157
a) Die Konzeption und Wirkungsweise der Koordinierung der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik im AEUV .....	157
b) Einordnung und Abgrenzung von Art. 2 III i.V.m. Art. 5 AEUV zur Koordinierung aus Art. 2 V i.V.m. Art. 6 AEUV .....	159
c) Die einzelnen Bereiche der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik.....	160
aa) Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik nach Art. 5 I AEUV .....	160
bb) Die Beschäftigungspolitik nach Art. 5 II AEUV .....	162
cc) Die Sozialpolitik nach Art. 5 III AEUV .....	163
3.) Ergebnis zur Koordinierung der Wirtschafts-, Beschäftigungs- sowie Sozialpolitik.....	164
VI. Unionszuständigkeit für eine Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.....	166





1.) Die Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Vor-Lissabonner Gemeinschaftsrecht (Artt. 11 ff. EUV a.F.) .....	166
2.) Die Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Unionsrecht in der Lissabonner Fassung (Art. 2 IV AEUV).....	166
3.) Ergebnis zur Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.....	169
5. Teil: Das Kapitel 2 „Politiken im Bereich Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung“ des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts im AEUV .....	170
A. Grundsätzliches zum Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Historischer Überblick über seine Entwicklung bis zum Vertrag von Lissabon.....	170
I. Die Neuerungen durch den Vertrag von Maastricht für den untersuchten Bereich.....	172
II. Die Neuerungen durch den Vertrag von Amsterdam für den untersuchten Bereich....	173
III. Der Wiener Aktionsplan, der Europäische Rat von Tampere sowie das Haager Programm.....	174
IV. Die Neuerungen durch den Vertrag von Nizza für den untersuchten Bereich.....	177
V. Das Stockholmer Programm .....	178
B. Neustrukturierung durch den Vertrag von Lissabon – Wegfall der bisherigen „Säulenstruktur“ .....	179
C. Die Elemente Freiheit, Sicherheit und Recht.....	181
I. Der Begriff der „Freiheit“ .....	182
II. Der Begriff der „Sicherheit“ .....	183
III. Der Begriff des „Rechts“ .....	184
D. Mitgliedstaatliche Sonderwege im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.....	184
I. Die Regelungen betreffend das Vereinigte Königreich, Irland und Dänemark.....	184
II. Opting-in und opting-out – Europa on demand? .....	187
E. Die Kompetenzen aus Kapitel 2 – „Politik im Bereich Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung“ .....	188
I. Art. 77 AEUV – Personenkontrolle, Grenzschutzsystem.....	188
1.) Die programmatischen Vorgaben aus Art. 77 I AEUV.....	189
2.) Die Kompetenzen aus Art. 77 II AEUV.....	191
a) Art. 77 II lit. a) AEUV – Gemeinsame Politik in Bezug auf Visa und andere kurzfristige Aufenthaltstitel.....	191
aa) Verzicht auf eine genauere inhaltliche Ausgestaltung der Befugnis.....	191
bb) Die Beschränkung auf kurzfristige Aufenthaltstitel .....	193
b) Art. 77 II lit. b) AEUV – Kontrollen bei Überschreiten der Außengrenzen.....	194
aa) Die Merkmale „Außengrenzen“, „Überschreiten“ und „Kontrolle“ .....	195



bb) Das Protokoll Nr. 23 zum Lissabonner Vertrag .....	196
cc) Inhalt der Befugnis aus Art. 77 II lit. b) AEUV .....	197
c) Art. 77 II lit. c) AEUV – Möglichkeit für Drittstaatsangehörige zur freien Bewegung innerhalb der Union während eines kurzen Zeitraums .....	198
aa) Inhalt und Neuerungen hinsichtlich Art. 77 II lit. c) AEUV.....	199
bb) Die Artt. 19 ff. SDÜ.....	201
d) Art. 77 II lit. d) AEUV – Schrittweise Einführung eines integrierten Grenzschutzsystems.....	201
aa) Der Inhalt und Umfang der Befugnis aus Art. 77 II lit. d) AEUV .....	202
bb) Das mögliche Europäische Grenzschutzkorps.....	204
cc) Die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen sowie die Soforteinsatzteams .....	206
e) Art. 77 II lit. e) AEUV – Abschaffung der Binnengrenzkontrollen .....	209
aa) Erfasster Personenkreis .....	209
bb) Inhalt und Umfang von Art. 77 II lit. e) AEUV .....	210
3.) Die Kompetenzen aus Art. 77 III AEUV – Bestimmungen des Rates bezüglich bestimmter Ausweisdokumente .....	211
4.) Die Regelung des Art. 77 IV AEUV – Verbleib von Befugnissen bei den Mitgliedstaaten.....	213
5.) Ergebnis zu Art. 77 AEUV – Personenkontrolle, Grenzschutzsystem .....	213
II. Art. 78 AEUV – Asylpolitik.....	215
1.) Die programmatischen Vorgaben aus Art. 78 I AEUV.....	216
a) Die Einhaltung des Grundsatzes der Nicht-Zurückweisung im Rahmen von Art. 78 AEUV .....	217
b) Im Einklang mit den in Art. 78 I 2 AEUV genannten völkerrechtlichen Verpflichtungen.....	220
2.) Wegfall der Begrenzung auf den Erlass von Mindestnormen.....	222
3.) Die Kompetenzen aus Art. 78 II AEUV.....	224
a) Art. 78 II lit. a) AEUV – Unionsweit gültiger einheitlicher Asylstatus für Drittstaatsangehörige.....	224
b) Art. 78 II lit. b) AEUV – Einheitlicher subsidiärer Schutzstatus für Drittstaatsangehörige.....	226
aa) Der Inhalt der Zuständigkeit aus Art. 78 II lit. b) AEUV .....	226
bb) Die RiLi 2004/83/EG (Qualifikationsrichtlinie).....	227

c) Art. 78 II lit. c) AEUV – Gemeinsame Regelung für den vorübergehenden Schutz von Vertriebenen im Falle eines Massenzustroms .....	228
aa) Inhalt der Zuständigkeit aus Art. 78 II lit. c) AEUV.....	229
bb) Die RiLi 2001/55/EG – Vorübergehender Schutz im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen .....	230
d) Art. 78 II lit. d) AEUV – Gemeinsame Verfahren für die Gewährung und den Entzug von einheitlichem Asyl- bzw. subsidiärem Schutzstatus .....	232
aa) Inhalt der Zuständigkeit aus Art. 78 II lit. d) AEUV .....	232
bb) Die RiLi 2005/85 – Asylverfahrensrichtlinie .....	234
e) Art. 78 II lit. e) AEUV – Bestimmung des für die Prüfung eines Antrags auf Asyl oder subsidiären Schutz zuständigen Mitgliedstaates .....	236
aa) Der Inhalt des Art. 78 II lit. e) AEUV .....	236
bb) Die VO (EG) Nr. 343/2003 – Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaates.....	238
cc) Die VO 2725/2000 – Das EURODAC-System .....	239
f) Art. 78 II lit. f) AEUV – Normen über Aufnahmebedingungen von Asyl- bzw. subsidiären Schutzsuchenden .....	240
aa) Der Inhalt des Art. 78 II lit. f) AEUV .....	241
bb) Die RiLi 2003/9/EG – Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerben.....	242
g) Art. 78 II lit. g) AEUV – Steuerung der Zuströme durch Partnerschaft und Zusammenarbeit mit Drittländern .....	243
aa) Der Inhalt des Art. 78 II lit. g) AEUV .....	244
bb) Mögliche Anwendung dieser Rechtsgrundlage und Bewertung der Ermächtigung.....	245
4.) Die Kompetenz aus Art. 78 III AEUV .....	246
a) Der Inhalt des Art. 78 III AEUV .....	247
b) Die Rechtsfolgen des Art. 78 III AEUV.....	248
5.) Ergebnis zu Art. 78 AEUV – Gemeinsame Asylpolitik.....	249
III. Art. 79 AEUV – Einwanderungspolitik .....	253
1.) Die programmatischen Vorgaben aus Art. 79 I AEUV.....	254
2.) Die Kompetenzen aus Art. 79 II AEUV.....	256
a) Art. 79 II lit. a) AEUV – Vorgaben für Einreise und Aufenthalt, die Erteilung von Visa und Aufenthaltstiteln für einen langfristigen Aufenthalt sowie die Familienzusammenführung .....	256



aa) Der Inhalt des Art. 79 II lit. a) AEUV .....	256
bb) Das Problem um die Zuständigkeit zum Erlass von Arbeitsmarktzugangsregelungen.....	257
cc) Das auf Art. 79 II lit. a) AEUV basierende Sekundärrecht.....	259
b) Art. 79 II lit. b) AEUV – Die Rechte von Drittstaatsangehörigen, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten sowie die Rechte und Bedingungen unter denen sie sich in anderen Mitgliedstaaten frei bewegen und aufhalten können .....	261
aa) Der Inhalt der Zuständigkeit aus Art. 79 II lit. b) AEUV .....	262
bb) Das auf Art. 79 II lit. b) AEUV basierende Sekundärrecht .....	263
c) Art. 79 II lit. c) AEUV – Illegale Einwanderung und illegaler Aufenthalt, einschließlich Abschiebung und Rückführung.....	264
aa) Der Inhalt der Zuständigkeit aus Art. 79 II lit. c).....	264
bb) Das auf Art. 79 II lit. c) AEUV basierende Sekundärrecht .....	266
d) Art. 79 II lit. d) AEUV – Bekämpfung des Menschenhandels .....	267
aa) Der Inhalt der Zuständigkeit aus Art. 79 II lit. d) AEUV .....	268
bb) Im Zusammenhang mit Art. 79 II lit. d) AEUV stehendes Sekundärrecht sowie weitere Maßnahmen.....	269
3.) Die Kompetenz aus Art. 79 Abs. III AEUV zum Abschluss von Übereinkünften zur Rückübernahme von Drittstaatsangehörigen mit Drittländern .....	271
a) Der Inhalt der Zuständigkeit aus Art. 79 III AEUV .....	272
b) Die im Zusammenhang mit Art. 79 III AEUV stehenden Unionshandlungen ....	273
4.) Die Kompetenz zur Herstellung eines kohärenten Rahmens zur Integration von Drittstaatsangehörigen aus Art. 79 IV AEUV .....	274
a) Der Inhalt der Zuständigkeit aus Art. 79 IV AEUV .....	275
b) Unionsmaßnahmen zur Förderung und Unterstützung der Integration von Drittstaatsangehörigen.....	277
5.) Die zahlenmäßige Beschränkung des Zugangs zum nationalen Arbeitsmarkt nach Art. 79 Abs. V AEUV .....	278
a) Der Inhalt des neuen Art. 79 V AEUV .....	278
b) Bewertung des neuen Art. 79 V AEUV.....	279
6.) Ergebnis zu Art. 79 AEUV – Einwanderungspolitik .....	280
IV. Art. 80 AEUV – Grundsatz der Solidarität und der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten.....	282
1.) Inhalt des Art. 80 AEUV .....	282



2.) Das Prinzip der Solidarität der Mitgliedstaaten in Bezug auf das Kapitel 2 des Titel V, dritter Teil des AEUV .....	284
F. Das einzuhaltende Verfahren bei Maßnahmen im Rahmen des Titels V, dritter Teil des AEUV.....	286
I. Das bisherige Verfahren nach Art. 67 EGV .....	286
II. Das geänderte Verfahren durch den Vertrag von Lissabon.....	288
G. Rechtsschutz im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts .....	292
I. Der Rechtsschutz vor Geltung des Lissabonner Vertrages .....	292
II. Der Rechtsschutz unter Geltung des Lissabonner Vertrages.....	294
6. Teil: Abschließende Betrachtungen .....	297
Literatur.....	300